2019/35 Reportage

https://www.jungle.world/artikel/2019/35/die-denkmaeler-der-sklavenhalter

Streit um Konföderiertendenkmäler in den USA

Die Denkmäler der Sklavenhalter

Reportage Von **Moritz Wichmann**

Hunderte Denkmäler in den USA ehren Generäle, die im Bürgerkrieg für den Erhalt der Sklaverei kämpften. Kritiker sehen darin eine Glorifizierung des Rassismus.

Ein Felsrelief, eine Friedhofsstatue, eine Bronzefigur. Familien besuchen das Relief für einen Wochenendausflug, in Cafés und Restaurants geht nur wenige Meter entfernt von der Statue das Leben im Viertel seinen Gang, Jogger drehen ihre Runden. Das Stone-Mountain-Relief, der Löwe der Konföderierten und die Friedensstatue in Atlanta sind nur drei der Denkmäler, die an die Konföderierten Staaten von Amerika (1861–1865) erinnern – wie viele andere sind sie unauffällig eingebettet ins Alltagsleben im Süden der USA.

> »Es gibt andere Möglichkeiten, um an das, was passiert ist, zu erinnern, ohne den Süden und das, wofür er stand, zu glorifizieren.«

Allein fünf solcher Denkmäler gibt es in Atlanta, der Hauptstadt des US-Bundesstaats Georgia, 174 im Bundesstaat und über 1 700 in den gesamten USA. Das jedenfalls hat eine Zählung der antirassistischen Organisation Southern Poverty Law Center (SPLC) ergeben. Nicht nur, aber vor allem in den ehemaligen Konföderierten Staaten, die im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) gegen die Unionstruppen des US-Präsidenten Abraham Lincoln und für den Fortbestand der Sklaverei kämpften, sind Straßen und Schulen nach konföderierten Generälen benannt. Auslöser für den Bürgerkrieg war die Wahl Lincolns, der für die Abschaffung der Sklaverei eintrat, zum Präsidenten 1860. Zahlreiche Südstaaten, deren Plantagenwirtschaft auf Sklavenarbeit beruhte, traten daraufhin aus der Union aus und bekämpften ab 1861 als sogenannte Konföderierte die Nordstaaten, deren Ökonomie mittlerweile vor allem auf Industrialisierung und Lohnarbeit beruhte.

Das Stone-Mountain-Relief ist ein 48 mal 23 Meter großes und 3,7 Meter tiefes Felsrelief. Es zeigt den Südstaaten-Präsidenten Jefferson Davis und die Südstaaten-Generäle Robert E. Lee und Thomas J. Jackson, allesamt zu Pferd.



Fragwürdiges Monument. Das Stone Mountain Relief ehrt die Südstaaten.

Bild:
Moritz Wichmann

Das 1925 begonnene und erst 1972 fertiggestellte Denkmal wurde mit verschiedenen Techniken aufwendig in den Granit des Stone Mountain geschlagen. Mittlerweile befindet sich ein staatlicher Park rings um Stone Mountain, es gibt einen Rummelplatz, Wanderwege und eine Festwiese mit Blick auf das Relief. Besonders in den Sommerferien kommen Familien aus dem nahen Atlanta. »Das Feuerwerk am 4. Juli ist großartig, ich bin mehrmals im Sommer mit Freunden hier«, erzählt eine junge schwarze Frau. Ein älteres weißes Pärchen ist speziell aus Tennessee gekommen, um das Relief zu sehen, und zeigt sich begeistert über die Steinschlagtechnik der Erbauer. Vielen Besuchern ist nicht bewusst, dass in Stone Mountain 1915 der Ku-Klux-Klan neugegründet wurde, dass die rassistische Organisation einst Geld für das Erstellen des Monuments gesammelt hat und dass sich hier noch heute Rechtsextreme treffen. Doch Stone Mountain ist nur das größte und offensichtlichste Artefakt eines in Stein gehauenen Rassismus, dessen Monumente erst in jüngerer Zeit in Frage gestellt werden.



Die Konföderierten-Denkmäler bleiben dennoch. Denkmalpfleger Sean Diaz (Mitte) bringt auf dem Oakland Cemetry in Atlanta Erklärtafeln an.

Bild:
Moritz Wichmann

Einer, der sich mit diesem Thema beschäftigt, ist Sean Diaz, ein Mitarbeiter des Friedhofs Oakland Cemetery in der Innenstadt von Atlanta. Er hat einen Master-Abschluss in Denkmalpflege der Georgia State University und arbeitet daran, die neue Gedenkpolitik der Stadt umzusetzen. Neben den Konföderierten-Denkmälern auf dem Friedhof sollen Hinweistafeln angebracht werden. Gerade hat er zwei tiefe Löcher für eine Tafel mit langen Stahlbeinen gegraben und wischt sich den Schweiß aus dem Gesicht. Rechts und links des Weges stehen Grabsteine. Dort sind die namentlich bekannten Toten aus dem Bürgerkrieg begraben, der »Löwe der Konföderierten« – seine Pranken umfassen eine Konföderiertenfahne – soll die unbekannten Toten ehren. Am Sockel des 20 Meter hohen Obelisken auf dem Friedhof, der im 19. Jahrhundert viele Jahre lang Atlantas höchstes Bauwerk war, steht: »Unseren konföderierten Toten.« Im Gegensatz zu vielen anderen Konföderierten-Denkmälern gehe es bei den zwischen 1874 und 1894 auf dem Friedhof errichteten nicht so sehr um die »Sache des Südens«, so Diaz, sondern »mehr um die individuellen Menschen«. Doch das hätten »nicht alle Besucher des Friedhofs« in der Löwenstatue und dem Obelisken gesehen. »Deswegen installieren wir hier die Tafeln, die erklären: Ja, diese Männer waren Feinde der Vereinigten Staaten und kämpften für ihre ganz eigene Art von Unabhängigkeit, sie kämpften für das, was sie für das Richtige hielten, auch wenn wir heute wissen, das es definitiv nicht richtig war«, erläutert Diaz.

Umstrittene Gedenkpolitik

In vielen Städten und Landkreisen im Süden der USA gab es in den vergangenen Jahren Debatten über und Proteste gegen Konföderierten-Statuen und -Denkmäler – beziehungsweise gegen deren Entfernung. Die bekanntesten Proteste fanden in Charlottesville, Virginia, statt. Nach vorherigen Demonstrationen marschierten in Charlottesville am 11. und 12. August 2017 erneut Rechtsextreme auf, diesmal Tausende, um gegen die Entscheidung des Stadtrats zu protestieren, ein Reiterdenkmal von General Robert E. Lee, einem der entschiedensten Verteidiger der Sklaverei, zu entfernen (Jungle World 33/2017). Die Gewalt der Neonazis gegen Gegendemonstrierende war extrem heftig; einer von ihnen fuhr mit seinem Auto in die Menschenmenge, tötete dabei die Antifaschistin Heather Heyer und verletzte mindestens 19 weitere Menschen. Die Stadt verhüllte die Statue in der Folge mit einer Plastikplane. Monate später forderte der Stadtrat die Entfernung der Statue. Im Mai dieses Jahres entschied ein Gericht, das Standbild könne nicht entfernt werden.

Doch es gibt nicht nur Proteste von Veteranenverbänden der Konföderierten oder Neonazis gegen die Entfernung von Konföderierten-Statuen, auch viele Republikaner in den US-Südstaaten sind nicht untätig geblieben. In vielen US-Südstaaten erließen republikanische Regierungen Gesetze, die die Entfernung solcher Statuen verbieten. In Virginia wurde ein entsprechendes Gesetz Ende der neunziger Jahre verabschiedet, in Georgia gibt es ein solches seit 2001. Vor wenigen Monaten wurden dort die Strafen für Vandalismus an Statuen verschärft.

»Mittlerweile gibt es eine Debatte darüber auch in Atlanta, vor fünf Jahren war das noch anders«, sagt Richard Rose, der Vorsitzende der

Ortsgruppe der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) in Atlanta, der ältesten schwarzen Bürgerrechtsorganisation in den USA. Die Stadt gründete nach den Ereignissen in Charlottesville 2017 eine Kommission, um über den Umgang mit Konföderierten-Denkmälern zu beraten. Im Oktober 2018 wurde die Confederate Avenue in Union Avenue umbenannt, auch zwei weitere Straßen erhielten neue Namen. Nach langer Beratung empfahl die Kommission die Errichtung von Tafeln an den fünf Konföderierten-Denkmälern der Stadt.



Richard Rose, Vorsitzender der Bürgerrechtsorganisation NAACP in Atlanta.

Bild:
Moritz Wichmann

Die ältesten dieser Denkmäler in den USA wurden direkt nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865 errichtet, auf Friedhöfen wie dem Oakland Cemetry in Atlanta. Doch die meisten wurden erst gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts aufgestellt, an repräsentativen Orten in Stadtzentren, vor Gerichtsgebäuden und Parlamenten. Sie seien Teil der gesellschaftlichen Restauration in der Ära der sogenannten Jim-Crow-Gesetze gewesen, durch die Schwarze im Süden auf unterschiedlichste Weise diskriminiert wurden, so Rose. Historiker bestätigen dies. Es war die Zeit, in der viele Südstaatler dazu übergingen, General Lee nicht mehr nur als Militärstrategen zu bewundern, sondern als eine Art Symbolfigur der Eigenart des Südens.

»Die Menschen sagen oft, die Denkmäler erinnern an die Toten«, so der Denkmalpfleger Diaz, aber sie seien auch dazu da, den heutzutage lebenden Schwarzen Angst zu machen. »Es gibt andere Möglichkeiten, um an das, was passiert ist, zu erinnern, ohne den Süden und das, wofür er stand, zu glorifizieren«, sagt er, etwa Ausstellungen in Museen.

Erklären ist nicht genug

Viele Denkmäler sind dem vermeintlich heroischen Kampf von konföderierten Generälen oder Soldaten gewidmet. Andere vermitteln, nach dem Krieg habe eine erfolgreiche Verbrüderung stattgefunden, etwa das »Friedensdenkmal« im Piedmont Park in Atlanta. Es zeigt einen Engel, der einen konföderierten Soldaten hält und ihm bedeutet, seine Waffe niederzulegen. Das 1911 errichtete Monument gedenkt der Gate City Guard, einer 1857

gegründeten privaten Miliz, deren Mitglieder zu den Ersten zählten, die dem Aufruf von Präsident Davis zur Bereitstellung von Truppen gefolgt waren, und sich nach dem Krieg auf Versöhnungsmission mit Nordstaatentruppen getroffen hatten. Die Inschrift auf dem Denkmal erklärt lediglich, die Milizionäre hätten zunächst »gewissenhaft die Sache der Konföderierten hochgehalten«, und spricht von der »Wiederherstellung brüderlicher Gefühle« nach dem Krieg. Nicht erwähnt wird, worin »die Sache« bestand und wer unter ihr zu leiden hatte beziehungsweise wer für deren Fortbestand versklavt wurde. Die Kommission der Stadt Atlanta befand, diese Auslassung spiele in die Hände der »Lost Cause«-Ideologie.

Deren Anhänger rationalisieren den Bürgerkrieg als gerechten Kampf für die Unabhängigkeit der Südstaaten von der Zentralregierung in Washington, D.C., und gegen die vermeintliche Aggression des Nordens gegen den »südlichen Lebensstil«. Die Südstaaten hätten den Krieg verloren, aber seine Nacherzählung gewonnen, resümieren Historiker den Erfolg dieser Darstellung der Geschichte.



Wurde schon zum Ziel von Farbattacken: die Friedensstatue in Atlanta.

Bild:
Moritz Wichmann

Eine Anfang August am Friedensdenkmal aufgestellte Tafel erklärt nun, dieses sei vor allem eines der »Verbrüderung weißer Soldaten in Nord und Süd gewesen, die durch ihre Zustimmung zu in beiden Landesteilen gegen Ende des 19. Jahrhunderts verabschiedeten Segregationsgesetzen verbunden waren«. Erwähnt wird auch die Sklavereifrage als wesentliche Kriegsursache und dass das Denkmal die 200 000 schwarzen Soldaten der Armee der Nordstaaten mit keinem Wort erwähne und so ausschließe.

Rose lehnt diesen Kompromiss ab, mit dem die Stadt aufgrund der Gesetzeslage, die den Abbau verbietet, den Kontext mit Tafeln zu erklären sucht. Er sieht die Stadt, in der Schwarze in der Mehrheit sind, als »Oase in einem Meer von Diskriminierung« – gemeint ist das überwiegend konservative Georgia. Gerade deswegen müsse Atlanta vorangehen: »Die Konföderierten-Denkmäler müssen weg.« Die Stadt und ihre Bürgermeisterin dürften keine Kompromisse eingehen, die Gesetze zur Erhaltung der Denkmäler müssten »vor Gericht angegriffen werden«. Die Bürgerrechtsbewegung gehe schließlich seit Jahrzehnten gegen ungerechte Gesetze vor. »Und wenn wir eine Strafe zahlen müssen, dann zahlen wir eben eine Strafe«, so Rose. Doch in diesem Fall, in dem es kein Verbandsklagerecht gibt, könnte die NAACP nicht vor Gericht ziehen, da man nur klagen kann, wenn man selbst persönlich betroffen ist. Die NAACP könnte nur als Nebenkläger auftreten, falls die Stadt gegen ein Verbot des Bundesstaats klagt. Denn die Stadt wäre nach Entfernung einer Statue als »Geschädigte direkt vom Gesetz betroffen«, erklärt Rose.

Wollte die Stadt Atlanta die Statuen wirklich abbauen, könnte sie das, ist sich auch Diaz sicher. Er verweist auf den Fall New Orleans: »Das Gesetz verbot die Zerstörung der Denkmäler, also hat man sie einfach alle in eine Lagerhalle gebracht.« Das ist in Georgia allerdings nicht möglich, da seit einer Gesetzesverschärfung in diesem Jahr abgebaute Denkmäler an »ähnlich repräsentativen Orten« wieder aufgestellt werden müssen.

Farbattacken

Anderswo wurden Gesetze der Republikaner zum Schutz der Konföderierten-Denkmäler kreativ umgangen. In Tennessees zweitgrößter Stadt Memphis beispielsweise verkaufte die Stadtverwaltung zwei Parks mit Konföderierten-Statuen an eine NGO, die daraufhin die Denkmäler abbauen ließ. Im Fall Stone Mountain ging man vor Jahren den umgekehrten Weg. 1958 kaufte der Staat das Gelände und eröffnete am 14. April 1965, genau 100 Jahre nach der Erschießung Lincolns, das Gelände als Park zur »Erinnerung an die Konföderierten«. Damit hatte Georgia nicht nur eine Touristenattraktion, sondern machte sich auch offensiv das zu eigen, was die drei auf dem Felsrelief abgebildeten Männer repräsentieren. 2015 forderte der NAACP-Präsident Rose, das Relief solle »per Sandstrahler abgetragen« oder in Teilen verkauft werden.

Manchmal sind drastische Ereignisse nötig, um die Behörden zum Umdenken zu bewegen. Der Rassist, der am 17. Juni 2015 in Charleston neun schwarze Besucher einer Kirche ermordete, hatte zuvor online Bilder verbreitet, auf denen er mit einer Konföderiertenflagge posierte. Nach dem Attentat entfernte man die über dem Parlament von Georgia hängende Konföderiertenflagge. Rose forderte bereits damals weitergehende Maßnahmen, so den Abbau aller Konföderierten-Denkmäler.

Immer öfter schreiten Linke und Antirassisten daher selbst zur Tat, zumindest symbolisch. In Durham, North Carolina, rissen Demonstrierende die Statue eines konföderierten Soldaten um, das Gleiche passierte mit einer Statue in Chapel Hill. Doch meistens werden die Denkmäler nur mit Farbe beworfen oder mit Parolen wie »Sie waren Rassisten« besprüht, wie etwa Anfang August in Tennessees Hauptstadt Nashville. Einer Zählung des Charlotte Observer zufolge gab es dieses Jahr mehr als ein Dutzend Farbangriffe. »Ich bin

ein bisschen zu alt für so etwas, aber ich bin für alles, das den systematischen Rassismus in Amerika zurückweist«, meint Rose dazu.
Andere Städte waren erfolgreicher und haben Konföderierten-Denkmäler entfernt. In New Orleans beispielsweise stand bis Mai 2017 die bis dato größte Statue von Robert E. Lee, sie war 18 Meter hoch. Doch anderswo stehen immer noch viele derartiger Monumente herum. Das SPLC schätzt, in den vergangenen vier Jahren wurden nur etwas über 100 Konföderierten-Statuen entfernt. Die Denkmäler existieren keineswegs nur in den Südtstaaten. »Es gab nur elf Konföderationsstaaten, aber heute gibt es 32 Staaten mit Konföderierten-Denkmälern oder -Ortsnamen, in Arizona und Kalifornien zum Beispiel«, sagt Rose.

Im Januar hat die NAACP zusammen mit dem SPLC und anderen Gruppen die App »Invisible Hate« vorgestellt. Sie bietet wie die Tafeln der Stadt zusätzliche kritische Inhalte zu den Denkmälern. NAACP und SPLC kündigten zudem eine neue Kampagne für die Entfernung von Konföderierten-Denkmälern in ganz Georgia an. Bereits im vergangenen Jahr habe eine Demokratin im Staatsparlament dazu ein Gesetz eingebracht – erfolglos, denn dort stellen die Republikaner die Mehrheit der Abgeordneten. »Die Vorlage hat noch nicht einmal eine Anhörung im zuständigen Ausschuss bekommen«, empört sich Rose. Nun will er eine Million Unterschriften für eine Petition sammeln.

© Jungle World Verlags GmbH